

Antrag angenommen

Wirtschaftskammer Oberösterreich
z.H. Frau Präsidentin Mag. Doris Hummer
Hessenplatz 3
4020 Linz

Linz, 2023.10.23

Antrag an das Wirtschaftsparlament der WKOÖ am 15. November . 2023
betreffend negative Auswirkungen der Inflation auf den Bürokratismus

Antragsteller: KommR Alfred Fenzl
Delegierter zum WP-OÖ

Die heftige inflationäre Entwicklung der jüngeren Zeit führt auch dazu, dass Betriebe trotz gleichem Produktions- und Leistungsumfang im Hinblick auf die Größe der Zahlen scheinbar wachsen und damit betragsliche Schwellenwerte überschreiten, sodass dadurch zuvor nur für größere Betriebe vorgesehene Leistungen erbracht werden müssen, also Zusatzkosten entstehen.

Ein offensichtliches Beispiel ist die Schwelle für die Prüfungspflicht „kleiner GmbHs“, nach meiner Einschätzung mehr als 70 % aller GmbHs. Die Schwelle der Bilanzsumme mit 5 Millionen wurde in den letzten Jahrzehnten nur einmal erhöht (aufgerundet) und das in der Dimension eines Skontos. Die Ausdehnung des Aufgabenbereiches für Wirtschaftsprüfer ist für diesen Berufsstand zwar einerseits erfreulich, zufolge mangelnder Fachkräfte möglicherweise kaum zu bewältigen und belastet die betroffenen GmbHs mit beachtlicher Mehrarbeit und mit Zusatzkosten.

Eine Erhöhung der Schwelle auf 6 Mio würde gerade den Anstieg zufolge Inflation in den letzten beiden Jahren abdecken, präventiv wäre eine Erhöhung auf 7 oder 8 Mio zu begehren. Allerdings ist das eine Sache, bei der die EU mitentscheidet.

Ein anderer Fall, der Kleinstbetriebe betrifft, ist die Freibetragsgrenze bei der Kommunalsteuer in der Höhe von € 1.095,-. Wer nur eine Teilzeitkraft oder 2 geringfügig Beschäftigte hat und jetzt eine Bruttolohnsumme von € 1.450,-, zahlt jetzt € 10,65 KommSt und hat eine Jahreserklärung zu erstellen. Bei einer Bruttolohnsumme von € 1.200,- ergibt sich eine monatliche Abgabe in Höhe von € 3,15. Der Buchhaltungsaufwand sowohl bei den Gemeinden als auch bei Betrieben, auch die bei Überweisungen anfallenden Bankgebühren rücken diese Abgaben in die Nähe eines Schildbürgerstreiches.

Ausdrücklich stelle ich fest, dass es sich bei den beiden aufgezeigten Fällen nur um Musterbeispiele handelt.

Daher stelle daher den

Antrag

Die Wirtschaftskammer möge ein Brainstormingteam bilden, welches ähnliche Probleme in allen möglichen anderen Bereichen sucht und aufzeigt und sich in der Folge dafür einsetzt, dass Lösungen vorgeschlagen werden können, die zu einer Erleichterung der Wirtschaft führen.